

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates  
am Montag, den 11.11.2019 um 14:30 Uhr  
Elisabeth Hoffmann-Saal (Kuppelsaal) im Forum Alte Post, Poststraße

---

<b>Gesetzliche Mitgliederanzahl</b>	<b>45</b>
<b>Anwesend sind</b>	<b>40</b>

### **Und zwar**

#### Vorsitzende/r

Herr Markus Zwick (außer TOP 8)  
Herr Michael Maas (TOP 8)

#### Beigeordnete

Herr Denis Clauer  
Herr Michael Maas

#### Mitglieder

Herr Jürgen Bachert  
Herr Florian Bilic  
Herr Tapani Braun  
Frau Edeltraut Buser-Hussong  
Herr Dieter Clauer  
Herr Maurice Croissant  
Herr Wolfgang Deny  
Frau Ulla Eder  
Herr Frank Eschrich  
Frau Stefanie Eyrisch  
Frau Katja Faroß-Göller  
Frau Brigitte Freihold  
Herr Frank Fremgen  
Herr Jürgen Hartmann  
Florian Kircher  
Frau Helga Knerr  
Frau Susanne Krekeler  
Frau Brigitte Linse  
Frau Gabriele Mangold  
Herr Dr. Bernhard Matheis  
Herr Jürgen Meier  
Herr Ralf Müller  
Herr Philipp Scheidel  
Frau Sabine Schunk  
Herr Bernd Schwarz  
Herr Stefan Sefrin  
Herr Tobias Semmet  
Frau Annette Sheriff

Frau Claudia Sofsky  
Herr Berthold Stegner  
Herr Jürgen Stilgenbauer  
Herr Sebastian Tilly  
Herr Manfred Vogel  
Herr Ferdinand L. Weber  
Herr Erich Weiß  
Herr Bastian Welker  
Herr Steven Wink  
Herr Heinrich Wölfling  
Frau Regina Zipf

Protokollführung

Frau Stephanie Clauer  
Herr Robin Juretic  
Frau Anne Vieth

von der Verwaltung

Frau Iris Brandt  
Herr Martin Forster  
Herr Guido Frey  
Herr Oliver Minakaran  
Herr Leo Noll  
Herr Maximilian Zwick

Zu Ausbildungszwecken anwesend:

Frau Samantha Lang  
Frau Miriam Nitzschke

Zur Sitzung hinzugezogen

Herr Florian Kirsch

Abwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Florian Dreifus  
Herr Gerhard Hussong  
Frau Heidi Kiefer  
Herr Hartmut Kling  
Frau Uschi Riehmer

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Er stellt die form- und fristgerechte Ladung der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht.

Der Stadtrat beschließt einstimmig die folgende

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde (Beginn 16.00 Uhr)
2. Bericht zur Kommunalreform
3. Wahlen
  - 3.1. Bildung des Schulträgerausschusses
  - 3.2. Bildung des Jugendhilfeausschusses
  - 3.3. Vorschlag für die Schiedsperson im Schiedsamtbezirk Pirmasens
  - 3.4. Information zur Wahl des Beirates für Integration und Migration
4. Feststellung von Kostenvoranschlägen
  - 4.1. Ressourcenschonung in der kommunalen Abwasserreinigung unter dem Aspekt der Nährstoffrückgewinnung von Phosphor und Stickstoff und der Energieoptimierung
  - 4.2. Projekt 70 SEG-Einheit Feuerwehr Pirmasens  
- Neufeststellung des Kostenvoranschlags -
5. Auftragsvergaben
  - 5.1. Neubau in Modulbauweise (zwei Klassenräume) in der Pirminiussschule
    1. Gesamtplanung und Kosten-Anteil Stadt Pirmasens
    2. Los 02 – Rohbauarbeiten - Auftragsvergabe
6. Beschluss über die Geschäftsordnung des Stadtrates in der 18. Wahlperiode
7. Neue Bibliothekssatzung
8. Vollzug des § 88 Abs. 1 GemO;  
Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens der Gesellschafterversammlung der
  - 8.1. städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
    - 8.1.1. Feststellung des Jahresabschlusses 2018
    - 8.1.2. Entlastung des Geschäftsführers
    - 8.1.3. Entlastung des Aufsichtsrates
  - 8.2. Medizinisches Versorgungszentrum städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH
    - 8.2.1. Feststellung des Jahresabschlusses
    - 8.2.2. Entlastung des Geschäftsführers

### 8.2.3. Entlastung des Aufsichtsrates

## 9. Anträge der Fraktionen

9.1. Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI vom 29.10.2019, bzgl. „Schulmittages-  
sen als Eigenleistung“

## 10. Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder

## **zu 1      Einwohnerfragestunde (Beginn 16.00 Uhr)**

Frau Schanz fragt an, ob an der Markuskirche die Geschwindigkeit durchgehend auf 30 km/h begrenzt werden müsse oder ob dies nur an bestimmten Zeiten erfolgen könne, da die Kindertagesstätte nicht durchgehend geöffnet sei. Zum Beispiel könne die zeitliche Begrenzung von Montag bis Freitag von 6.30 Uhr bis 17.00 Uhr erfolgen.

Der Vorsitzende erklärt, die Straßenverkehrsbehörde sei hierfür zuständig. Grundsätzlich vorgesehen sei vor solchen Einrichtungen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h.

Frau Schanz teilt mit, in vielen Ortschaften gebe es Zusatzschilder mit den zeitlichen Begrenzungen.

## **zu 2      Bericht zur Kommunalreform**

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kirsch, geschäftsführender Direktor des Städtetages Rheinland- Pfalz.

Herr Kirsch informiert über den aktuellen Stand der Beratungen zwischen dem Städtetag Rheinland- Pfalz und der Landesregierung in Sachen Kommunalreform anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 1 zur Niederschrift).

Er erklärt, ein erstes Gutachten sei zu der Empfehlung für die Landesregierung gekommen, insgesamt sieben kreisfreie Städte aufzulösen. Darunter seien auch die Städte Pirmasens und Zweibrücken, die in den Landkreis Südwestpfalz integriert werden sollen. Die Landesregierung habe jedoch ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse des zweiten Gutachtens lägen zwar derzeit noch nicht vor, allerdings seien bereits einige Haupterkenntnisse bekannt geworden. Danach werde empfohlen, die Städte Pirmasens, Zweibrücken, Worms, Neustadt, Landau und Speyer zu kreisangehörigen Städten zu machen. Durch die Einkreisung solle wiederum die Überlebensfähigkeit der Landkreise sichergestellt werden. Kooperationsmodelle im Sinne interkommunaler Zusammenarbeit zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen würden keine Alternative darstellen, da der personelle und finanzielle Aufwand gleich bleibe.

Die Forderungen des Städtetags in den Gesprächen mit der Landesregierung seien: zum einen keine Reformansätze ohne Beteiligung der Bevölkerung und zum anderen interkommunale Zusammenarbeiten als gleichwertige Alternative anzuerkennen. Außerdem solle das Land die kommunale Selbstverwaltung weiter stärken.

Der Vorsitzende erklärt, er sei offen in Sachen Modernisierung und Optimierung. Er selbst habe auch eine offene Haltung gegenüber den Ergebnissen des zweiten Gutachtens. Seiner Ansicht nach solle jedoch die interkommunale Zusammenarbeit weiter vorangetrieben werden, auch wenn derzeit von Seiten des Ministeriums signalisiert werde, dass dies keine gleichwertige Alternative darstelle.

Er erläutert, insbesondere im Sozialbereich würde keine Optimierung stattfinden, sollte die Aufgabe von der Stadt auf den Landkreis übergehen. Als Beispiel nennt er einen Sachbearbeiter der im Monat rund 30 Fälle bearbeiten könne. Durch die Übertragung der Aufgabe zum Landkreis werde die Leistungsfähigkeit des Sachbearbeiters nicht automatisch steigen. Also in dem Bereich, in dem die größten Kosten entstünden, könne keine Einsparung erzielt werden.

Durch den Digitalisierungsprozess, der derzeit eine große Herausforderung für die Verwaltung darstelle, werde der Gang zur Verwaltung künftig anders aussehen als bisher.

Seiner Meinung nach seien bei der Einkreisung der kreisfreien Städte in die Landkreise keine Vorteile zu erkennen. Stattdessen seien hiermit viele Nachteile verbunden.

Der Vorsitzende appelliert, die Stadtratsmitglieder seien in der Pflicht, sich mit diesem Thema intensiver auseinander zu setzen.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, es gebe bei der angestrebten Reform keinen Nachweis dafür, dass tatsächlich Einsparungen erzielt werden könnten. Deshalb sei das Gutachten ein Gutachten, das die Welt nicht brauche.

Ratsmitglied Tilly erklärt, ab dem Jahr 2022 gelte für Kommunen das Onlinezugangsgesetz. Er fragt nach, ob es seitens des Städtetages hierzu bereits erste Erkenntnisse gebe.

Herr Kirsch erläutert, viele Angelegenheiten seien bisher sehr impraktikabel in ihrer Handhabung. Durch die Einführung der E-Akte könnten zukünftig beispielsweise Rückforderungsprozesse im Sozialbereich behördenübergreifend vonstattengehen.

Ratsmitglied Tilly fragt an, ob die Möglichkeit gesehen wird, durch die Digitalisierung die interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben.

Der Vorsitzende bejaht dies. Deshalb sei die Digitalisierung der Verwaltung eine wichtige Aufgabe, insbesondere für Pirmasens.

Ratsmitglied Dr. Matheis stellt fest, eine Reform sollte etwas besser machen, nicht nur anders. Er moniert die Haltung der Landesregierung gegenüber den Ortsgemeinden. Da sich die Landesregierung für den Erhalt der Ortsgemeinden ausgesprochen habe, würde dort nichts geändert werden.

Sowohl die Stadt als auch die Ratsmitglieder sollten nicht abwarten, bis etwas passiert. Sie sollten selbst untersuchen, ob und in wieweit das Instrument der interkommunalen Zusammenarbeit sinnvoll und nützlich sei.

Im ersten Gutachten, das von der Landesregierung in Auftrag gegeben wurde würden lediglich 20 von 1500 Seiten die interkommunale Zusammenarbeit betreffen. Dies zeige bereits die Haltung der Landesregierung in dieser Sache.

Ratsmitglied Weber schließt sich den Ausführungen von Ratsmitglied Dr. Matheis gänzlich an. Er fragt an, inwieweit die Bevölkerung und die Stadt Pirmasens Einfluss auf das Thema Kommunalreform nehmen könne.

Herr Kirsch erklärt, die Kommunalreform solle zwar mit einer Bürgerbeteiligung gekoppelt werden, allerdings stehe nicht fest, wie dies praktisch umgesetzt werden solle. Die Form der Beteiligung habe jede Kommune selbst ein Stück weit in der Hand. Aus Sicht des Städtetages reiche eine repräsentative Umfrage nicht aus.

Der Vorsitzende ergänzt, dies sei der Grund, warum das Thema in der heutigen Sitzung öffentlich behandelt werde. Der Stadtrat und auch die Bürger sollten sich mit dem Thema Kommunalreform auseinandersetzen.

Ratsmitglied Tilly erklärt, es sei unglücklich gewesen, wie das erste Gutachten an die Öffentlichkeit gekommen war. Bis Ende des Jahres solle jedoch das Ergänzungsgutachten vorliegen. Er schlage deshalb vor, sobald das Ergänzungsgutachten mit weiteren Erkenntnissen vorliege, solle das Thema erneut im Stadtrat behandelt und diskutiert werden.

Ratsmitglied Dr. Matheis moniert, noch bevor das zweite Gutachten abgeschlossen sei, würden von Seiten der Landesregierung in Interviews bereits Äußerungen getroffen werden, dass die interkommunale Zusammenarbeit nicht als vergleichbare Alternative gelten werde.

Ratsmitglied Wink teilt mit, er sehe viele Vorteile bei der interkommunalen Zusammenarbeit. Als Beispiel nennt er das Medizinische Versorgungszentrum Westpfalz (MVZ) und auch den Bereich Tourismus, indem bereits viele Synergieeffekte geschaffen werden konnten. Er bittet insbesondere Herrn Kirsch darum, der interkommunalen Zusammenarbeit offen gegenüber zu stehen und diese Haltung in weiteren Gesprächen mit der Landesregierung zum Ausdruck zu bringen.

### zu 3        **Wahlen**

Der Vorsitzende erklärt, das Stimmrecht des Vorsitzenden ruhe, was ihn jedoch nicht daran hindere, den Vorsitz zu führen.

Er bittet einen Grundsatzbeschluss für die bevorstehenden Wahlen zu fassen, offen abzustimmen. Dieser Beschluss bedürfe der Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, offen über die nachfolgenden Wahlen abzustimmen.

#### zu 3.1        **Bildung des Schulträgerausschusses** **Vorlage: 0798/I/10.1/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.07.2019 und erklärt, 16 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/Die GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Schulträgerausschuss werden / wird

seitens der **SPD**-Stadtratsfraktion als

Mitglieder

Frank Fremgen  
Bastian Welker  
Uschi Riehmer  
Manfred Menzel

Stellvertreter

Edeltraud Buser-Hussong  
Wolfgang Deny  
Gabriele Mangold  
Cristiano Mendolia

seitens der **CDU**-Stadtratsfraktion als

Mitglieder

Julia Fricke  
Susanne Krekeler  
Markus Lelle  
Peter Schwarz  
Stefanie Eyrisch

Stellvertreter

Frederic Krämer  
Tapani Braun  
Dania Zimmermann  
Michelle Jetzschmann  
Florian Bilic

Dr. Florian Dreifus

Katja Faroß-Göller

seitens der **AfD**-Stadtratsfraktion als

Mitglieder

Claudia Sofsky  
Jürgen Hartmann

Stellvertreter

Ferdinand L. Weber  
Sabine Schunk

seitens der **FDP**-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Rene Wagner

Stellvertreterin

Christine Kling

seitens der Stadtratsfraktion **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** als

Mitglied

Manfred Vogel

Stellvertreterin

Annette Sheriff

Seitens der **FWB**-Stadtratsfraktion als

Mitglied

Alexander Felgner

Stellvertreterin

Andrea Rauth

seitens der Stadtratsfraktion **DIE LINKE-PARTEI** als

Mitglied

Brigitte Freihold

Stellvertreter

Frank Eschrich

vorgeschlagen.

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 8 Stimmen = 4 Sitze

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 15 Stimmen = 6 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 3 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 1 Stimmen = 0 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 3 Stimmen = 1 Sitz

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 2 zur Niederschrift)

Anmerkung der Protokollführung:



Der Wahlvorschlag der AfD-Stadtratsfraktion enthält lediglich 2 Kandidaten, der Wahlvorschlag der CDU-Stadtratsfraktion enthält lediglich 6 Kandidaten, nach dem Abstimmungsergebnis entfallen rechnerisch jedoch 3 Sitze auf den Wahlvorschlag der AfD und 7 Sitze auf den Wahlvorschlag der CDU. Da insgesamt nicht mehr Kandidaten vorgeschlagen als zu wählen sind und auf alle Wahlvorschläge Stimmen gefallen sind, sind alle Vorgeschlagenen aller Fraktionen gewählt.

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 4, CDU 6, AfD 2, FDP 1, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 1, FWB 1, DIE LINKE-PARTEI 1

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen alle anwesenden Ratsmitglieder die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter/in an.

Weiter werden als Lehrkräfte bzw. gewählte Elternvertreter sowie als Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter vorgeschlagen:

### **Schulart Grundschule**

#### **Wahlvorschlag:**

Lehrkräfte:	Frau Dorotée Emig (Schulleiterin der Robert Schuman Grundschule), Hermersberg
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Frau Anne Hammel (Schulleiterin Grundschule Husterhöhe), Pirmasens
Elternvertreter/in:	Frau Viola Littig (Schulelternsprecherin Robert Schuman Grundschule), Pirmasens
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Herr Michael Gruttke (Schulelternbeirat Robert Schuman Grundschule), Pirmasens

### **Schulart Realschule plus**

#### **Wahlvorschlag:**

Lehrkräfte:	Frau Liane Fremgen (Schulleiterin Landgraf-Ludwig-Realschule plus Pirmasens), Pirmasens
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Frau Jeannette Kriwy (Schulleiterin Realschule plus Kirchberg), Waldfischbach-Burgalben
Elternvertreter/in:	Herr Ralf Edrich (Schulelternbeirat der Realschule plus Kirchberg), Pirmasens
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Herr Alen Brinza (Schulelternbeirat der Realschule plus Kirchberg), Pirmasens

### **Schulart Gymnasien**

#### **Wahlvorschlag:**

Lehrkräfte:	Herr Josef Traub (2. stellvertretender Schulleiter Immanuel-Kant-Gymnasium), Bann
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Herr Thomas Mohr (Schulleiter Leibniz-Gymnasium), Vinningen
Elternvertreter/in:	Herr Prof. Dr.-Ing. Jens Schuster (Mitglied des Schulausschusses Hugo-Ball-Gymnasium), Eppenbrunn

Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Frau Dr. Julia Luttenberger (Schulelternsprecherin Leibniz-Gymnasium), Rodalben
--	---

### **Schulart Förderschule**

#### **Wahlvorschlag:**

Lehrkräfte:	Herr Volker Koch (Schulleiter Förderschule L und S Matzenberg), Annweiler
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Frau Karina Müller-Sobotta (Lehrkraft Förderschule L und S Matzenberg), Pirmasens
Elternvertreter/in:	-/-
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	-/-

### **Schulart Berufsbildende Schule**

#### **Wahlvorschlag:**

Lehrkräfte:	Herr Jörg Altpeter (Schulleiter Berufsbildende Schule Pirmasens), Merchweiler
Lehrkräfte Stellvertreter/in:	Herr Markus Kiefer (Stellvertretender Schulleiter Berufsbildende Schule Pirmasens), Zweibrücken
Elternvertreter/in:	Herr Markus Meier (Schulelternsprecher Berufsbildende Schule Pirmasens), Vinningen
Elternvertreter/in Stellvertreter/in:	Frau Andrea Eitel (Stellvertretende Schulelternsprecherin Berufsbildende Schule Pirmasens), Vinningen
Arbeitgebervertreter/in:	Herr Michael Lindenschmitt (Abteilungsleiter Kreishandwerkerschaft Westpfalz), c/o Kreishandwerkerschaft Westpfalz, Pirmasens
Arbeitgebervertreter/in Stellvertreter/in:	Herr Michael Wafzig (Regionaler Kreishandwerksmeister), Trulben
Arbeitnehmervertreter/in:	Herr Achim Siegenthaler (Vorschlag Deutscher Gewerkschaftsbund Region Westpfalz), Pirmasens
Arbeitnehmervertreter/in Stellvertreter/in:	Herr Tobias Wolfanger (Vorschlag Deutscher Gewerkschaftsbund Region Westpfalz), Kaiserslautern

De Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Schulträgerausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

### **zu 3.2      Bildung des Jugendhilfeausschusses** **Vorlage: 0796/I/10.1/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 25.07.2019 und erklärt, 5 Mitglieder seien zu wählen.

Unterstellt, jede politische Gruppierung mache einen eigenen Wahlvorschlag und stimme mit allen Mitgliedern für diesen Wahlvorschlag, komme es zu folgender Sitzverteilung:

SPD 2, CDU 2, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/Die GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Er bittet die Fraktionen um ihre Vorschläge in folgender Reihenfolge, die auch bei der Abstimmung eingehalten wurde: SPD, CDU, AfD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FWB, DIE LINKE-PARTEI

Für den Jugendhilfeausschuss werden neben dem Leiter der Verwaltung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe oder dessen ständigen Vertreter als stimmberechtigte Mitglieder

### **1. für die Gruppe der Ratsmitglieder / sonstigen wählbaren Bürger**

seitens der **SPD-Stadtratsfraktion** als

Ratsmitglied  
Bastian Welker

Stellvertreter  
Edeltraut Buser-Hussong

Als sonstige wählbare Bürger  
Daniela Reiser

Stellvertreter  
Cristiano Mendolia

seitens der **CDU-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglieder  
Philipp Scheidel  
Heinrich Wölfling  
Susanne Krekeler

Stellvertreter  
Katja Faroß-Göller  
Florian Bilic  
Stefanie Eyrisch

seitens der **AfD-Stadtratsfraktion** werden als

Ratsmitglied  
Regina Zipf

Stellvertreter  
Jürgen Meier

Die Abstimmung per Akklamation ergibt folgendes Ergebnis:

Der Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion erhält 11 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion erhält 22 Stimmen = 3 Sitze

Der Vorschlag der AfD-Stadtratsfraktion erhält 6 Stimmen = 1 Sitz

Der Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion erhält 0 Stimmen = 0 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhält 0 Stimmen = 0 Sitze

Der Vorschlag der FWB-Stadtratsfraktion erhält 0 Stimmen = 0 Sitze

Der Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI erhält 0 Stimmen = 0 Sitze

(Ergebnisausdruck siehe Anlage 3 zur Niederschrift)

Es kommt somit zu folgender Sitzverteilung:

SPD 1, CDU 3, AfD 1, FDP 0, Bündnis 90/DIE GRÜNEN 0, FWB 0, DIE LINKE-PARTEI 0

Die Vorgeschlagenen von SPD (außer Frau Daniela Reiser und Herr Cristiano Mendolia), CDU und AfD sind als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden nehmen alle gewählten, anwesenden Ratsmitglieder die Wahl als Mitglied bzw. Stellvertreter/in an.

Der Stadtrat beschließt einstimmig über die Listen der Jugendverbände und der Träger der freien Jugendhilfe gemeinsam abzustimmen.

## **2. für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes wirkenden Jugendverbände werden als**

### Mitglieder

Volker Zimmermann  
Stadtjugendring PD-IG  
Schiffsmodellbau PS e.V.

Lukas Eitel  
Stadtjugendring PS - Evangelische  
Jugend PS

### Stellvertreter

Michael Fuhrmann  
Vorsitzender Stadtjugendring  
PS

Christine Renneis-Heuft  
Stadtjugendring PS – 1. Boule-  
verein PS 1999 e.V.

## **3. für die Gruppe der im Bezirk des Jugendamtes anerkannten Träger der freien Jugendhilfe werden als**

### Mitglied

Annette Martin  
Caritas

Silvia Mahr  
Diakoniezentrum, Jona.  
Die Jugendhilfe

### Stellvertreter

Jürgen Link  
Diakonisches Werk Pfalz

Heike Lehwald-Dästner  
Nardinihaus

vorgeschlagen.

Der Stadtrat wählt die Vorgeschlagenen einstimmig als Mitglieder bzw. Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss.

Der Vorsitzende hat nicht mitgewählt.

### **zu 3.3      Vorschlag für die Schiedsperson im Schiedsamsbezirk Pirmasens Vorlage: 0857/III/30/2019**

Der Vorsitzende verweist auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Rechtsamtes vom 09.09.2019 und erklärt, bisher sei die Schiedsperson durch die CDU-Stadtratsfraktion und die stellvertretende Schiedsperson durch die SPD-Stadtratsfraktion vorgeschlagen worden.

Herr Wolfgang Deny sei bereits in der Stadtratssitzung vom 24.06.2019 zur stellvertretenden Schiedsperson gewählt.

Der Vorsitzende führt aus, die Fraktionen könnten weitere Vorschläge machen, müssten dabei jedoch die Voraussetzungen für die Ernennung der Schiedspersonen beachten. Er bittet um Vorschläge der Fraktionen.

Die CDU-Stadratsfraktion schlägt Herrn Heini Ehrlich als Schiedsperson vor.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Der Stadtrat wählt einstimmig den Vorgeschlagenen als Schiedsperson im Schiedsamtbezirk Pirmasens.

### **zu 3.4 Information zur Wahl des Beirates für Integration und Migration**

Der Vorsitzende informiert, die Wahl für den Beirat für Integration und Migration habe am 27.10.2019 stattgefunden.

Dabei habe es eine geringe Wahlbeteiligung gegeben, lediglich 162 Personen von insgesamt 3.624 Wahlberechtigten hätten gewählt.

Die genauen Zahlen seien mit der Ladung an alle Ratsmitglieder übersandt worden.

### **zu 4 Feststellung von Kostenvoranschlägen**

#### **zu 4.1 Ressourcenschonung in der kommunalen Abwasserreinigung unter dem Aspekt der Nähr-stoffrückgewinnung von Phosphor und Stickstoff und der Energieoptimierung hier: Neufeststellung des Kostenvoranschlages Bezug: Beschluss des KVA P-Rückgewinnung vom 26.06.2017 (BV-Nr. 0287/III/66/2017) Vorlage: 0867/III/66.3/2019**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Tiefbauamtes vom 09.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der vom Stadtrat am 26.06.2017 genehmigte Kostenvoranschlag für das Projekt „Phosphorrückgewinnung aus Nassschlamm“ an der Kläranlage Felsalbe in Höhe von

	1.650.000,-- €	
wird um	<u>300.000,-- €</u>	er-
höht		
und auf	<b>1.950.000,-- €</b>	
neu festgestellt.		

Die Verrechnung der Kosten erfolgt bei Auftragsnummer 03500200000 des Sonderhaushalts des Abwasserbeseitigungsbetriebs. Die benötigten Mittel werden im Wirtschaftsplan 2020

bereitgestellt. Die Inanspruchnahme erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2020.

**zu 4.2      Projekt 70 SEG-Einheit Feuerwehr Pirmasens  
- Neufeststellung des Kostenvoranschlags -  
Vorlage: 0872/II/65.2/2019**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 11.10.2019.

Ratsmitglied Sofsky teilt mit, die Planungen seien unprofessionell und unorganisiert. In Pirmasens müsste immer nachfinanziert werden, sogar fast in doppelter Höhe. Hierbei werde unverantwortlich mit Steuergeldern umgegangen. Man habe Bedenken, nicht gegen das Projekt jedoch gegen die Planung. Deshalb werde sich die Stadtratsfraktion AfD enthalten. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die Fenster im Vorfeld ausgetauscht wurden und jetzt erneut ausgetauscht werden oder ob dies die ursprünglichen Fenster seien. Des Weiteren stelle sich die Frage, ob der Zuschuss höher gewesen wäre, wenn die Mehrausgaben vorher bekannt gewesen wären.

Herr Noll erklärt, die Fenster sollten im Ursprung erhalten bleiben, doch dieses sei nicht möglich gewesen. Daher würden nur die ursprünglichen Fenster ausgetauscht. Der Zuschuss sei auf den Kostenvoranschlag ausgelegt. Zurzeit prüfen die Planer nochmals die Kosten und man werde dann mit dem Zuschussgeber sprechen. Jedoch sei ein weiterer Zuschuss schwer zu bekommen.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, die Halle müsse gebaut werden, aber die Kritik sei berechtigt. Die Planung müsse besser sein. Die Stadtverwaltung verwalte Steuergelder und müsse diese verantwortlich einsetzen.

Die Baubranche nutze den aktuellen Bauboom aus. Zum Beispiel seien die Löhne, Gehälter und Rohstoffe um 16% gestiegen, die Kosten insgesamt jedoch um 30-40%.

Der Vorsitzende erklärt, die Gründe für die hohen Preise seien im letzten Hauptausschuss besprochen worden. Des Weiteren handle sich um Vergabevorschriften an denen die Stadt nichts ändern könnte. Dieser Appell müsse sich an die Gesetzgeber richten.

Der Stadtrat beschließt bei 6 Enthaltungen, einstimmig:

Auf Grund aktueller Veränderung der Rahmenbedingungen, die Anpassung des Gesamtkostenvoranschlags, für die Errichtung der SEG Einheit der Feuerwehr Pirmasens, auf 1,690 Mio. €.

Der Durchführung der Maßnahme in der dargelegten Form wird zugestimmt.

Verrechnung: Investition Nr. 1280000003 SEG-Einheit

**zu 5            Auftragsvergaben**

**zu 5.1        110 Neubau in Modulbauweise (zwei Klassenräumen) an der Pirminiussschule  
Vorlage: 0887/II/65/2019**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Hochbauamtes vom 06.11.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

1.- Der Errichtung, von zwei Klassenräumen in Modulbauweise, an der Pirminiussschule, Heinrich-Kimmle-Weg 4, in Pirmasens wird von Seiten der Stadt Pirmasens zugestimmt. Der **Gesamtkosten-Anteil**, für die Stadt Pirmasens, beträgt rund **177.000,00€ (brutto)** gemäß Gesamt-KVA.

2.- Der Auftragsvergabe, der **Rohbauarbeiten**, an die **Firma Volker Wagner GmbH**, zu dem Angebotspreis von **69.121,03 € (brutto)**, wird von Seiten der Stadt Pirmasens zugestimmt.

Verrechnung: Inv.Nr. 2440000001 „Investitionszuschuss Pirminiussschule, Container“

**zu 6        Beschluss über die Geschäftsordnung des Stadtrates in der 18. Wahlperiode**  
**Vorlage: 0865/II/10.1/2019**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage des Haupt- und Personalamtes vom 01.10.2019.

Der Vorsitzende berichtet, bezüglich der Geschäftsordnung habe es einen Antrag der Stadtratsfraktion SPD gegeben. Den Änderungsvorschlägen der SPD wurde weitestgehend entsprochen. Zusätzlich sei eine Datenschutzinformation ausgeteilt worden.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung (siehe Anlage 4 zur Niederschrift) des Stadtrates für die 18. Wahlperiode.

**zu 7        Neue Bibliothekssatzung**  
**Vorlage: 0849/IV/42/2019**

Der Vorsitzende bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage der Stadtbücherei vom 27.08.2019.

Der Stadtrat beschließt die neue Satzung der Stadtbücherei (siehe Anlage 5 zur Niederschrift).

**zu 8        Vollzug des § 88 Abs 1. GemO; Weisung an den Vertreter der Stadt Pirmasens der**

Oberbürgermeister Markus Zwick übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Maas und nimmt gemäß § 22 GemO an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

**zu 8.1      städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH**

#### **zu 8.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses 2018**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren:

Der Jahresabschluss 2018 der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresabschluss in Höhe von €53.614,61 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

#### **zu 8.1.2 Entlastung des Geschäftsführers**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Geschäftsführung der Städtisches Krankenhaus gGmH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

#### **zu 8.1.3 Entlastung des Aufsichtsrates**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtischen Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Dem Aufsichtsrat der Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

#### **zu 8.2 Medizinisches Versorgungszentrum städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH**

##### **zu 8.2.1 Feststellung des Jahresabschlusses**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.



Der Jahresabschluss 2018 der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird genehmigt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von €10.671,84 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

#### **zu 8.2.2 Entlastung des Geschäftsführers**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Der Geschäftsführung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

#### **zu 8.2.3 Entlastung des Aufsichtsrates**

Der Vorsitzende Maas bezieht sich auf die allen Ratsmitgliedern mit der Ladung übersandte Beschlussvorlage vom 01.10.2019.

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Medizinisches Versorgungszentrum Städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH erhält Weisung, wie folgt zu votieren.

Dem Aufsichtsrat der Medizinisches Versorgungszentrum städtisches Krankenhaus Pirmasens gGmbH wird Entlastung für das Geschäftsjahr 2018 erteilt.

Oberbürgermeister Markus Zwick übernimmt wieder den Vorsitz.

#### **zu 9 Anträge der Fraktionen**

##### **zu 9.1 Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE-PARTEI vom 29.10.2019, bzgl. "Schulmittagessen als Eigenleistung"**

Ratsmitglied Eschrich begründet den Antrag gemäß Antragsbegründung.

Der Vorsitzende teilt mit, im Sommer sei das Schulmittagessen umgestellt worden, dies sei im Stadtrat beschlossen worden. Alle Möglichkeiten seien dabei geprüft und erhebliche Investitionen getätigt worden. Derzeit bekoche die Heinrich-Kimmle-Stiftung sowie die Firma Simotec die Schulen. Die Rückmeldungen der Schulen seien positiv. Aktuell seien keine Probleme bekannt. Das Kochen mit eigenem Personal sei die teurere und unwirtschaftliche Variante, da dann in den Schulen Küchen sowie Personal benötigt werde. Durch das Kochen der Heinrich-Kimmle-Stiftung und Simotec werden Integrationsbetriebe unterstützt. Lange sei eine Lösung gesucht worden, die aber seit Sommer gut umgesetzt sei. Eine Änderung mache derzeit keinen Sinn.

Ratsmitglied Eschrich erklärt, er wolle keine Systemumstellung, nur solle die Stadtverwaltung ein Konzept erstellen, falls wieder Probleme auftreten sollten. Zurzeit funktioniere das System gut, aber dies sei keine Garantie, dass es so bleibt.

Der Vorsitzende erklärt, viele Überlegungen seien zusammengetragen und dementsprechend Vorschläge erarbeitet worden.

Ratsmitglied Tilly zeigt auf, aktuell bekomme man positive Rückmeldung somit bestehe aktuell kein Bedarf. Die Erwägungen eines Alternativkonzeptes seien nachvollziehbar, falls das jetzige System nicht mehr funktioniere.

Ratsmitglied Eyrisch teilt mit, der Antrag sei paar Monate zu spät. Das neue Konzept sei im Sommer beschlossen worden. Die Schulen seien damit zufrieden, weshalb der Antrag abgelehnt werden sollte.

Ratsmitglied Vogel schildert, der Auftrag sei bewusst nicht an Privatunternehmen vergeben worden, sondern an Integrationsbetriebe.

Ratsmitglied Wink erklärt, auch wenn die Stadt das Schulmittagessen durch eigenes Personal zubereiten, würde dies keine Garantie dafür sein, dass in Zukunft keine Beschwerden erfolgen würden. Hohe Kosten entstünden dann durch eigenes Personal das Krankheits- und Urlaubsvertretungen, Schulungen für Hygienevorschriften und vieles mehr brauche. Deshalb sei der Antrag unverhältnismäßig.

Ratsmitglied Eschrich teilt mit, der Antrag solle zurückgestellt werden.

## **zu 10      Beantwortung von Anfragen, Informationen, Anfragen der Ratsmitglieder**

### **zu 10.1    Beantwortung von Anfragen**

#### **zu 10.1.1   Anfrage Ratsmitglied Welker vom 23.09.2019 bzgl. "Digitalpakt"**

Der Vorsitzende teilt mit, wegen des Umfangs sei die Beantwortung in Session hochgeladen bzw. als Tischvorlage ausgeteilt worden.

#### **zu 10.1.2   Anfrage Ratsmitglied Weber vom 26.08.2019, bzgl. Baumbestand / Defibrillatoren/ Fahrradwege und Vergabe städtischer Grundstücke**

Der Vorsitzende teilt mit, wegen des Umfangs sei die Beantwortung in Session hochgeladen bzw. sei diese als Tischvorlage ausgeteilt worden.

### **zu 10.2    Informationen**

#### **zu 10.2.1   Outlet-Center Zweibrücken**

Der Vorsitzende teilt mit, einen Tag vor der Veröffentlichung sei er über das Vorhaben, das Outlet-Center in Zweibrücken um 8.500 Quadratmeter zu erweitern, informiert worden. Das Outlet-Center Zweibrücken solle durch die Erweiterung wettbewerbsfähig gehalten werden. Die Landrätin wolle jedoch darauf achten, dass dies keine Auswirkung auf die geplante Schuhstadt haben werde. Deshalb solle eine Analyse auf die Auswirkungen erstellt werden.

Verständnis für diese Überlegung sei vorhanden, da durch die Erweiterung weitere Arbeitsplätze geschaffen würden. Entwicklungen in Zweibrücken und im Landkreis seien grundsätzlich positiv. Die Vergrößerung des Outlet-Centers Zweibrücken gefährde jedoch die Innenstädte, die Schuhstadt sowie alle anderen positive Entwicklungen in Pirmasens, wie zum Beispiel das Medicenter und die Jugendherberge. Des Weiteren liefen alle Events wie zum Beispiel der Novembermarkt, das Heimatshoppen und das Schusterbrunnenquartier sehr gut. Durch diese Entwicklung strömten die Bürgerinnen und Bürger wieder in die Innenstädte. Die Innenstädte seien zu schützen.

Die Pläne zur Erweiterung des Outlets seien auf Grund des Landesentwicklungsprogramms IV rechtlich unzulässig. Dieser besagt, es dürfe außerhalb der Innenstädte kein innenstadtrelevantes Sortiment angeboten werden. Außerdem dürften Entwicklungen nicht die benachbarten Städte benachteiligen. Die Stadt Pirmasens habe durch das Outlet-Center Zweibrücken bereits Auswirkungen zu spüren bekommen, zum Beispiel gebe es in der Innenstadt kein Sportgeschäft mehr. Herr Dr. Matheis habe 2017 beim Lande nachgefragt, ob diese zum Landesentwicklungsprogramm stehe. Diese gab die Rückmeldung, dass keine Abweichungen erfolgen werden. Jedoch müsse man jetzt den weiteren Werdegang abwarten. Der Pirmasenser Stadtrat müsse jetzt eine klare Stellungnahme abgeben.

Ratsmitglied Weiß erklärt, als vor 22 Jahren die Planungen des Outlet-Centers Zweibrücken begonnen hätten, habe man schon Bedenken diesbezüglich gehabt. Laut dem Gutachten sei die Umsätze für Schuh- und Lederwaren um 10% in Pirmasens gesunken. Danach habe es innerhalb von 5 Jahren einen Umsatzverlust von rund 4% gegeben. Durch eine weitere Erweiterung entstehe eine Wettbewerbsverzerrung des Einzelhandels. Der Name Designer-Outlet treffe nicht mehr zu, da nicht nur Designerwaren verkauft werden. Zurzeit seien Haushaltswaren und zum Beispiel ein Lindt-Laden im Outlet, was die Innenstädte beeinträchtige.

Ratsmitglied Tilly erklärt, für den Landkreis und die Stadt Zweibrücken sei Verständnis da, da diese wirtschaftlich abhängig von dem Outlet-Center seien. Viele Personen arbeiteten dort. Jedoch gefährdet die Erweiterung die Innenstädte. Damals sei die Vorstellung gewesen, ein anderes Sortiment anzubieten. Die aktuelle Befürchtung sei eine Erweiterung des Sortiments. Der Stadtrat solle die Pläne kritisch verfolgen und in Kontakt mit dem Land treten, da es bezüglich der Erweiterung noch viele Unklarheiten gebe. Erst dann solle sich der Stadtrat klar und deutlich positionieren.

Ratsmitglied Eyrisch erwidert, man müsse sich jetzt klar positionieren. Aus Sicht der Konsumenten sei die Erweiterung positiv, aber auch in Pirmasens können Arbeitsplätze entstehen. Für die Innenstädte müsse gekämpft werden und eine klare Position bezogen werden.

Ratsmitglied Stegner trägt vor, die Stadt Pirmasens wolle nicht den Wettbewerb verhindern, sondern einen fairen Wettbewerb ermöglichen. Die Ausnahmevorschriften bezüglich der Öffnungszeiten gebe es wegen des Flughafens Zweibrücken. Dieser existiere jedoch nicht mehr. Momentan finde ein üblicher Verkauf statt und keine Outletware, zum Beispiel Lindt werde keine Ware von vor zwei Jahren verkaufen. Er habe Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger, die gerne im Outlet-Center einkaufen. Diese dürfen sich dann jedoch nicht über mangelnde Einkaufsmöglichkeiten in den Innenstädten beschweren.

Der Vorsitzende zeigt auf, die Entscheidung über die Schuhstadt werde in den nächsten Monaten fallen. Wenn der Stadtrat jetzt keine eindeutige Haltung zeige, setze man hart erkämpften Entwicklungen aufs Spiel.

Ratsmitglied Eschrich zeigt auf, man solle sich immer auf die Seite des Einzelhandels stellen, dürfe jedoch auch die reale Entwicklung nicht außer Acht lassen

Ratsmitglied Tilly teilt mit, die Position sei deutlich für Pirmasens. Wenn der Einzelhandel durch die Erweiterung gefährdet sei, sei er klar dagegen.

Ratsmitglied Weiß schildert, niemand sei gegen die Entstehung neuer Arbeitsplätze, jedoch habe es in den letzten 20 Jahren keine neuen Arbeitsplätze gegeben. Diese seien nur umverteilt worden.

Ratsmitglied Wölfling erklärt, durch Sonderaktionen werde die Innenstadt ein Standort der Kommunikation.

### **zu 10.3     Anfragen der Ratsmitglieder**

#### **zu 10.3.1   Falschparker und Radverkehr**

Ratsmitglied Eschrich stellt folgende Anfrage: „Insbesondere „Gehwegparken“ und das Parken von Fahrzeugen auf Fahrradschutzstreifen gehören in Pirmasens zum Alltag und behindern und gefährden Fußgänger und Radfahrer gleichermaßen. Passanten werden an der bestimmungsgemäßen Nutzung von Gehwegen gehindert oder stehen mit ihren Kinderwagen oder als Rollstuhlfahrer vor unüberwindbaren Hindernissen. Dies betrifft auch radfahrende Kinder, die bis zum vollendeten 8. Lebensjahr den Gehweg benutzen müssen und sie eventuell begleitende Eltern. Fahrradschutzstreifen erfüllen nur dann ihren Sinn, wenn sie tatsächlich freigehalten und nicht als Parkplatz oder zusätzliche Fahrspur von PKW und LKW missbraucht werden. Dies führt nicht selten zu Unfällen oder lebensgefährlichen Situationen insbesondere für Radfahrer, zumal viele Schutzstreifen an Längsparkständen vorbeiführen und PKW-Fahrer beim Türöffnen oftmals unachtsam sind. Die Aufstellung des Verkehrszeichens 250 „Verbot für Fahrzeuge aller Art“ muss an verschiedenen Punkten hinsichtlich des davon betroffenen Radverkehrs hinterfragt werden.

Dazu bitte ich um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Werden „Gehwegparken“ und das Parken von Fahrzeugen auf Fahrradschutzstreifen vom Ordnungsamt grundsätzlich kontrolliert und entsprechende Ordnungswidrigkeiten geahndet?
2. Wie viele private Anzeigen von behinderten oder gefährdeten Verkehrsteilnehmern gab es wegen des Beparkens von Gehwegen und Schutzstreifen?
3. Wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden wegen „Gehwegparken“ und ordnungswidriger Nutzung von Fahrradschutzstreifen im Jahr 2018 eingeleitet?
4. Wie viele Ordnungswidrigkeitsverfahren wurden dahingehend in den Jahren 2014 bis 2017 eingeleitet?
5. Mit welcher Begründung werden Anliegerstraßen als auch Feld- und Waldwege mit dem StVO-Verkehrszeichen 250 „Verbot für Fahrzeuge aller Art“ auch für Radfahrer gesperrt? Dies betrifft u.a. die Route des „Pirminius-Radwegs“.
6. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, Anliegerstraßen grundsätzlich für den Fahrradverkehr frei zu geben? In diesem Zusammenhang:  
Warum wurde die Umleitungsstrecke von Lemberg in Richtung Pirmasens für den Radverkehr frei gegeben, umgekehrt zwar eine Umleitung für Fahrräder ausgeschildert, aber das StVO-Verkehrszeichen 250 direkt dahinter belassen?

7. Wann wird das StVO-Verkehrszeichen 250 am Zuweg des Eisweiherparks, das dort noch immer (Stand: 27.9.2019) die Nutzung einer Route des Mountainbikeparks Pfälzerwald rechtlich untersagt, entfernt?

8. Aus welchen Grund wurde die bereits öffentlich bekannt gegebene Freigabe dieser Route innerhalb des Eisweiherparks durch Korrektur der auf den Parkordnungsschildern verfügbten Regel 5.7 (Mitführen und benutzen von Motorrädern und anderen Fahrzeugen ist untersagt) nicht umgesetzt?

9. Sieht die Verwaltung Handlungsbedarf bezüglich des generellen Verbots der Nutzung und des Mitführens von Fahrzeugen, zu den selbstverständlich auch Fahrräder gehören, in städtischen Grünanlagen laut Parkordnungsschildern, wie beispielsweise dem Eisweiherpark?

10. Auf welcher Grundlage sieht sich die Stadtverwaltung ermächtigt, derart umfangreiche Verkehrsregelungen durch Allgemeinverfügung zu erlassen, zumal in der Grünanlagensatzung lediglich die Rede ist, dass „zusätzliche Regelungen getroffen werden (z. B. Öffnungszeiten, Sperrung wegen Reparatur)“ können?

Der Vorsitzende teilt mit, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

#### **zu 10.3.2 Vollsperrung Gersbacher Straße in Winzeln**

Ratsmitglied Wink fragt im Namen der Ratsmitglieder Eyrisch und Clauer an, ob eine Vollsperrung bei den Baumaßnahmen in der Gersbacher Straße erfolgen solle oder ob eine Umleitung über Landwirtschaftswege möglich sei.

Bürgermeister Maas erklärt, der Zeitplan sehe einen Baubeginn in 2021 vor. Dann werde mit Schulen, Feuerwehr etc. gesprochen um die Umleitung zu organisieren. Zurzeit sei man noch in der Planungsphase.

#### **zu 10.3.3 Digitalisierung der Unterlagen für Aufsichtsratssitzungen**

Ratsmitglied Eyrisch fragt an, ob die Aufsichtsratsmitglieder die Unterlagen in Session zur Verfügung gestellt bekommen können.

Der Vorsitzende sagt eine Prüfung zu.

#### **zu 10.3.4 Druckfunktion in Mandatos**

Ratsmitglied Weber fragt an, ob in Mandatos Unterlagen ausgedruckt werden können. Des Weiteren teilt er mit, 4 von 5 seiner Anfragen seien beantwortet jedoch fehle die Beantwortung zur Anfrage Thüga.

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage bzgl. Thüga werde derzeit geprüft und eine zeitnahe Mitteilung werde erfolgen. Eine Verjährung drohe nicht.

Nachdem keine weiteren Anfragen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 17.00 Uhr.

Pirmasens, den 18. Dezember 2019

gez. Markus Zwick  
Vorsitzender (außer TOP 8)

gez. Michael Maas  
Vorsitzender (TOP 8)

gez. Anne Vieth  
Protokollführung